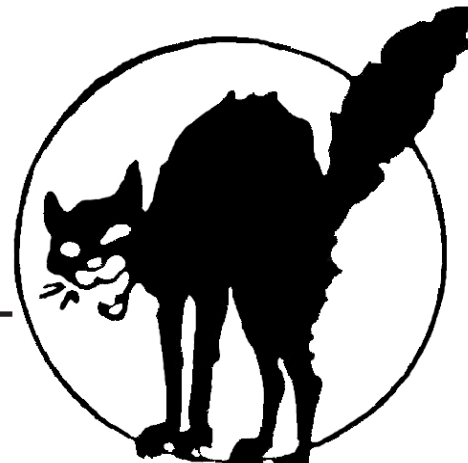


di schwarzi chatz

Zeitung der Freien ArbeiterInnen Union in der Schweiz



Pünktlichkeit um jeden Preis?

Anfang August kam es bei der SBB zu einem tragischen Arbeitsunfall. Bei der Abfahrt aus dem Bahnhof Baden wurde ein Mitarbeiter in einer Türe eingeklemmt und mitgeschleift. Er wurde tödlich verletzt.



Der Unfall ereignete sich bei der Abfertigung am Sonntag, 4. August 2019, kurz nach Mitternacht, auf Gleis 2 im Bahnhof Baden. Der Chef Kundenbegleitung (Zugchef) schickte nach dem Ein- und Aussteigen der Passagiere wie vorgesehen dem Lokführer die Abfahrterlaubnis per standardisierter SMS, leitete die Türschliessung mit dem sogenannten UIC-Schalter ein. Dabei bleibt normalerweise die Türe an der dies geschieht offen, bis eine andere Taste gedrückt wird. Dies ist notwendig, damit die*der Zugchef*in die Schliessung der Türen beobachten kann und selber in den Zug einsteigen kann. Bei diesem Vorgang wurde der Zugchef mit dem Arm eingeklemmt und mitgeschleift. Ein Lokführer eines auf Sicht nachfahrenden Zuges fand den 54-jährigen schliesslich tot in der Nähe

von Wettingen. Was danach passierte, wird von der Schweizerischen Sicherheitsuntersuchungsstelle (SUST) untersucht. Sie ist zuständig für Unfälle und Zwischenfälle bei den Bahnen, der Zivilluftfahrt, Linienbussen und der öffentlichen Schifffahrt zu untersuchen. Laut einem Zwischenbericht vom 21. August funktionierte die betreffende Türe nicht richtig.

Wie es zum Unfall kam

Die Wagentüren des Typs Einheitswagen vier (EW IV) haben einflügelige Schiebetüren, die sich pneumatisch mit grossem Druck schliessen. Damit keine Personen oder Gegenstände eingeklemmt werden, haben die Türen einen Einklemmschutz,

(weiter auf Seite 2)

November/Dezember 2019

Nr. 61, 11. Jahrgang

ISSN 1664-6096

www.faubern.ch | zeitung@faubern.ch

In dieser Ausgabe

ETCS: Ein grosser Schritt... zurück? 4

Ein Blick auf das nicht unproblematische und teure Zugsicherungssystem.

HK: Auf einmal tobt das Internet 6

Ein Gameentwickler übt sich in voraus-eilem Gehorsam und löst dabei einen Shitstorm aus.

HK-Proteste: Ein Gespräch 7

Die Workers Group im Interview zu den Hintergründen der Proteste in Hongkong.

Was bleibt nach den Protesten? 10

Die Kommune von Quito, die Protestbewegung in Ecuador und was davon bleibt.

Invasion in Rojava 12

Trumps neuester Streich bedeutet Krieg, Vertreibung und wahrscheinlich ethnische Säuberung.

Rubriken

Kultur 14
Rechtliches 16

Editorial

Die Welt ist in Bewegung. Nicht nur in rasender Geschwindigkeit durch das Weltall. Nicht nur die Jugend im Kampf gegen die Klimaveränderung und die Gleichgültigkeit der Etablierten und Alten. In Südamerika gingen und gehen die Menschen gegen die Regierungen und für ein besseres Leben auf die Strasse. Zu Ecuador haben wir einen längeren Artikel, zu Chile war die Zeit zu kurz, möglicherweise holen wir das später nach – und wie sich die Situation in Bolivien entwickeln wird, werden wir sehen. Gleichzeitig sind die Gelbwesten auch beim Akt 50 noch lebendig und wütend und gehen zusammen mit den streikenden Feuerwehrleuten und Spitalangestellten auf die Strasse.

Auch Hongkong kommt nach monatelangen Protesten nicht zur Ruhe, wir haben einen Teil eines langen Interviews übersetzt und berichten auch über einen damit verknüpften Kampf im Internet.

Dank der bodenlosen Ignoranz des Narzisten im Weissen Haus kann Erdogan seine Gelüste Sultan zu werden, ausleben und marschiert in Syrien ein. Gleichzeitig scheint sich im Irak und im Libanon ein neuer Arabischer Frühling anzubahnen.

In der Schweiz hingegen ist es ruhig. Oder etwa doch nicht? Die Klimadebatte hat eine (kleine) Verschiebung bei den Wahlen gebracht. Ob das in der Realität irgendeine Veränderung zur Folge haben wird, muss erst noch bewiesen werden...

*Durch den tödlichen Arbeitsunfall bei den SBB hat sich auf jeden Fall eine Debatte über die Sicherheit bei der Bahn entfacht, leider meistens auf der Basis der Technik: In den Medien wird mehr gefragt, ob denn die Wagen sicher für die Passagier*innen sind, anstatt über Stress, Druck, Personalabbau und Arbeitssicherheit zu diskutieren. Dies wollen wir mit dem nebenstehenden Artikel tun. Bei der Bahn bleiben wir mit einem weiteren Artikel: Das Zugversicherungssystem ETCS wird in der Schweiz verstärkt eingeführt, wie das auch vom Bundesamt für Verkehr gefordert wird, doch zu Nutzen, Kosten und Sicherheit gibt es mehrere Fragezeichen. Wir hoffen, dass der Artikel in dieser Ausgabe euch etwas Wissen dazu vermitteln kann.*

Und vergesst nicht: Haltet auf der Arbeit nicht die andere Backe hin – organisiert und wehrt euch!

Eure FAUistas

Pünktlichkeit

(von Seite 1)

der bis zu einer 30mm breiten Öffnung der Türe anspricht. Schliesst sich die Türe weiter, muss der Einklemmschutz überbrückt werden, da sich die Türe wieder öffnen würde, wenn die Gummidichtung auf den Türrahmen trifft. Im Unterhalt wird das korrekte Funktionieren dieses Ablaufs überprüft indem ein 30mm dicker Prüfstab in die Türe gehalten wird. Funktioniert alles einwandfrei, öffnet sich die Türe wieder. Beim Unfallwagen versagte



der Einklemmschutz an allen vier Türen nachdem der UIC-Schalter betätigt worden war. Bei einer ausserordentlichen Prüfung der Türen von 384 von insgesamt 493 EW IV-Wagen stellte die SBB fest, dass bei 59 Türen der Einklemmschutz mangelhaft und bei sieben gar nicht funktioniert hat. Weiter wurde von der SUST festgestellt, dass die Türrückmeldung sowohl bei der Vor- als auch bei der Hauptverriegelung anspricht. Das heisst, dass die Lokführer*innen über eine Kontrollleuchte die Rückmeldung bekommen können, dass alle Türen geschlossen sind, auch wenn dies nicht der Fall ist. Dies hat schon zur Folge gehabt, dass sich Türen während der Fahrt um bis zu 10cm öffneten.

Das Bundesamt für Verkehr verfügte deswegen, dass die SBB mittelfristig neue Türsteuerungen an den betreffenden Wagen installieren und bis dahin den Abfertigungsprozess für die Mitarbeitenden sicherer gestalten muss. Ausserdem darf die Türrückmeldung nur noch auf die Vollverriegelung ansprechen. Der Verband Schweizerischer Lokführer und Anwärter (VSLF) forderte vom BAV zusätzlich, dass bei den EW IV und ICN eine Abfahrssperre eingebaut wird, die verhindert, dass Lok-

führer*innen losfahren, wenn noch nicht alle Türen geschlossen sind. Die Abfahrssperre verhindert die Abfahrt des Zuges, wenn Lokführer*innen die rote Rückmeldelampe nicht beachten oder diese defekt ist. Die Sperren sind weitgehend Standard bei neueren Fahrzeugen und relativ einfach einzubauen.

Änderung der Abfertigung

Bereits kurz nach dem Unfall forderte die Gewerkschaft des Verkehrspersonals

(sev), dass die Abfertigungsprozesse angepasst werden. Per 30. September setzte die SBB diesen Vorschlag um: Die Kundenbegleiter*innen beobachten nun die Türschliessung von ausserhalb des Zuges und erteilen die Abfahrerlaubnis per SMS, nachdem sie selbst eingestiegen sind und die eigene Türe geschlossen ist. Dies hat den Vorteil, dass nötigenfalls eingegriffen werden kann, sollte ein Gegenstand oder eine Person beim Schliessvorgang eingeklemmt worden sein. Wenn ortsfeste Signale (oranger Kasten auf dem Perron) vorhanden sind, müssen diese für die Abfahrerlaubnis verwendet werden, da dies per SMS an diesen Bahnhöfen nicht möglich ist. Dies erhöht die Sicherheit für Zugchef*innen und Kund*innen.

SBB verursacht schlechte Stimmung

Neben den – auf Druck des BAV – angeordneten Änderungen beim Abfertigungsprozess machte die SBB im Umgang mit dem Unfall aber eine eher schlechte Falle. So kritisierte Linus Looser, Leiter Bahnproduktion SBB, dass sich Mitarbeitende nicht immer an den vereinbarten Abfertigungsprozess halten würden. Dieser Vor-

wurf von einem Mitglied der SBB-Führung ist pietäts- und würdelos und ein Affront für die Zugbegleiter*innen, die auch in Zeiten sich jagender Sparprogrammen und Reorganisierungskampagnen und von zunehmenden Passagier- und Zugzahlen sich um einen sicheren und pünktlichen Eisenbahnverkehr bemühen. Der Zwischenbericht der SUST zeigte eindeutig einen technischen Defekt, der seine Ursache eventuell auch im Personalmangel und Know-How-Verlust im zusammengesparten Unterhalt hat.

Nicht nur im Unterhalt müssen aber sofort neue Leute angestellt werden: Die Kundenbegleiter*innen sind heute vielfach alleine auf einem Zug, obwohl diese immer länger werden. «Mit dem neuen Berufsbild des Kundenbegleiters muss sich das Zugpersonal zudem immer stärker auf die Kunden fokussieren. Dadurch rückt der Fahr- und Sicherheitsdienst in den Hintergrund», so sev-Vize Manuel Avallone weiter. Die Untersuchung habe bereits gezeigt, dass man sich nicht nur auf die Technik verlassen kann, sondern auch genügend geschultes Personal auf den Zügen braucht.

SBB-Mitarbeiter*innen aus verschiedenen Bereichen beklagen sich ausserdem, dass Meldungen über Mängel und Probleme oft folgenlos bleiben. Wagen, bei denen defekte Türen gemeldet wurden, bleiben etwa tagelang im Betriebsdienst und falsch aufgestellte Signale werden nicht versetzt. In diesem Zusammenhang ist zu erwähnen, dass am 18. Januar 2018 ein Systemingenieur der SBB einen 17-seitigen Änderungsauftrag erstellte. Dieser trug den Titel: «EW IV Einbau eines Türblattkontrollschalters». Darin forderte der Ingenieur zum unverzüglichen Einbau einer Türblattüberwachung für 1200 Franken pro Wagen, insgesamt 360'000 Franken für 300 der 493 Wagen – die restlichen 193 sollen in den nächsten Jahren aus dem Verkehr gezogen werden. Der Ingenieur warnte: «Bei einer Nichtausführung gehen wir das Risiko ein, in Zukunft weiterhin mit offenen Türen zu fahren und dass während der Restlebenszeit des EW IV ein schwerwiegender Unfall geschieht.» Er sollte Recht behalten.

Überlastung und Pünktlichkeit

Mit der Umsetzung des «Bahn 2000»-Projekts ist der Zugverkehr in kurzer Zeit um über 10% angestiegen. Gleichzeitig wurde

im Rahmen von Umstrukturierungen und Sparmassnahmen der Personalbestand der SBB verringert. In der selben Periode und noch unter dem letzten Generaldirektor der SBB, Benedikt Weibel, wurde der Unterhalt herunter gefahren, um Kosten zu sparen. Dies, der Mehrverkehr und schneller beschleunigende Fahrzeuge brachten die Infrastruktur und das Personal an die Grenze der Überlastung. Dies hatte eine Reihe von Unfällen in den Jahren 2013 und 2015 zur Folge. Seither wird versucht den Rückstand beim Unterhalt aufzuholen, wobei kritische Stimmen anmerkten, dass kein zusätzliches Personal eingestellt wurde und wird und dass sich deswegen ein Unterhaltsrückstand bei Brücken und Tunnels einstellen könnte.

Aufgrund einer mehr als suboptimalen Personal- und Kommunikationsstrategie fehlen den SBB auch Lokführer*innen: Wer will schon einen äusserst verantwortungsvollen Beruf lernen, bei dem nur im Schichtbetrieb gearbeitet werden kann, wenn die Chefs nicht müde werden zu betonen, dass es den Beruf in zehn bis zwanzig Jahren nicht mehr geben wird? Die momentane SBB-Kampagne, die Quereinsteiger*innen in die Führerstände bringen will, ist ein Versuch mehr Lokführer*innen ausbilden zu können. Ein anderer ist in den Nachbarländern der Schweiz Lokführer*innen abzuwerben. In Deutschland etwa ist der Personalmangel bei den Bahnen aber so gross, dass in manchen Regionen die Züge komplett ausfallen müssen und durch Bahnersatzbusse ersetzt werden.

Sparprogramme und eine schlechte Unternehmenskultur führten auch zu Personalmangel in anderen Bereichen. Diese ganze komplexe Gemengelage hat zur Folge, dass die SBB unpünktlicher werden. Statt aber aus den Mitarbeiter*innen das Letzte herauszupressen, wären weniger strafte Fahrpläne und vor allem ein grösserer Personalbestand notwendig. Gerade bei einem hochkomplexen System, wie der Eisenbahn kann nicht auf Dauer mit dem Rotstift rumgepfuscht werden, ohne dass etwas schief geht. Eine starke, kämpferische Gewerkschaft und das Beharren auf sicheren und erprobten Arbeitsabläufen mit genügend Personal in Betrieb, Unterhalt und Wartung kann tödliche Unfälle verhindern!

smf

Schöne neue Arbeitswelt

Anerkennung nach 500 Tagen Streik

In Südkorea konnte die Oracle Korea Workers Union einen Vertrag über die Anerkennung der Gewerkschaft mit dem Softwareriesen Oracle abschliessen. Dies nach einem Streik über 500 Tage, bei dem Arbeiter*innen vor dem Sitz der Firma campiert haben. Die Forderungen der Gewerkschaft wurden allerdings noch nicht erfüllt. uniglobalunion.org

Keine Arbeit an Feiertagen

Bis vor Bundesgericht musste die Zentralgewerkschaft Unia ziehen, um die bisherige Rechtsprechung zu bestätigen: Feiertage sind arbeitsrechtlich Sonntage. Der Kanton Freiburg gewährte einem Detailhändler das Recht einen Angestellten an einem kantonalen Feiertag am Rande eines Weihnachtsmarkts einzusetzen. Das Bundesgericht bestätigte nun die Gleichsetzung von Feier- und Sonntagen. unia.ch

Polizei greift Arbeiter*innen an

Am 20. und 21. Oktober wurden in Arak (Iran) friedlich demonstrierende Arbeiter*innen von Aufstandsbekämpfungseinheiten angegriffen und zum Teil verletzt. Arbeiter*innen, welche sich in Spitälern behandeln liessen, wurden dort von den Sicherheitskräften festgenommen. Die Arbeiter*innen protestieren gegen die «Privatisierung» (Übernahme durch regimenahe Kreise) der AzarAb Industries. Die Folge der «Privatisierung» sind Massenentlassungen und über Monate nicht bezahlte Löhne. iran-hrm.com

Sieg für Veloauslieferer*innen

Die Betriebsgruppe der *Riders* der CNT bei Deliveroo sind mit Erfolg gegen Scheinselbstständigkeit vorgegangen. Vor einigen Wochen urteilte ein Gericht in Madrid und gab der CNT recht. Bei der von Deliveroo angewandten Art von Tätigkeit handelt es sich um Selbständigkeit und somit ein Arbeitsverhältnis mit hohem Grad an Prekarisierung und damit zusammengehörenden Betrug gegenüber der Sozialversicherung. fau.org

Zusammengestellt von smf

ETCS: Ein grosser Schritt... zurück?

Mit grossem Aufwand wird in der Schweiz im Moment ein neues Sicherheitssystem für die Eisenbahn installiert, dessen Betriebsstabilität und -sicherheit einige Fragen aufwirft.

Am 27. Juni 2019 ereignete sich ein schwerer Vorfall auf der seit April 2017 mit ETCS L2 (European Train Controlling System, Level 2) betriebenen Strecke Lausanne – Villeneuve (VD): Einem mit einer Re 420 bespannten Zug wurde eine Fahrerlaubnis erteilt, obwohl keine für ihn bestimmte und gesicherte Fahrstrasse eingestellt war. Durch die Geistesgegenwart des Lokführers fuhr der Zug nicht los und es konnte ein grösserer Unfall verhindert werden. Eine ähnliche Situation gab es Mitte April, als einem Lösch- und Rettungszug in Flüelen eine nicht für den Zug bestimmte Fahrerlaubnis gegeben wurde. Als Ursache stellten sich falsch eingestellte Sensoren und falsche Daten bei der Berechnung des zurückgelegten Weges heraus: Die Sicherheit des Systems basiert auf

einer exakten Lokalisierung über die Odometrie (=Wegmessung) des Fahrzeugs. Sie wird gemessen über Radar (witterungsabhängig) und/oder über die Messung des zurückgelegten Weges anhand der Radumdrehungen, dies wird beeinflusst durch die Daten des Raddurchmessers, durch das Schleudern und durch korrekte Anschlüsse im Unterhalt der Sensoren an Strecke und Fahrzeug. In beiden Fällen konnte also die gesamte Sicherheitskette von ETCS durch einen simplen Fehler bei der Standortbestimmung durchbrochen werden.

Das System Eisenbahn und natürlich besonders die Sicherungssysteme sind stets auf höchstmögliche Betriebssicherheit

die Werkstätten als rollende Sicherheitslücke, alleine aufgrund der Mängel der ETCS-Wegmessung. Dazu kommt, dass bei den Betriebsarten «Shunting» (SH, Rangieren) und «Staff Responsible» (SR, nicht vom System überwachte Fahrten) nach Bestätigung in der Betriebssoftware ohne zusätzliche Sicherung über Signale und Signaltafeln gefahren werden kann. Was heute, mit den im Prinzip auf das frühe 20. Jahrhundert zurückgehenden Sicherungstechniken, nicht mal in Rangierbahnhöfen möglich ist.

Beim gegenwärtigen Stand von ETCS kann jeder Fehlentscheid und jede Gleisverwechslung grössere Unfälle verursa-



In der Bildmitte eine Eurobalise, ortsfeste Transponder, die mit dem Zug kommunizieren und u. a. Signale ersetzen.

Was ist ETCS?

ETCS (European Train Controlling System) ist ein Zugsicherungssystem, das europaweiter Standard werden soll. In der Schweiz fahren seit zwölf Jahren Züge unter ETCS: Seit dem 18. März 2007 fahren die Züge auf der Neubaustrecke Mattstetten – Rothrist (zwischen Bern und Olten) nicht mehr nach Signalen an der Strecke, die Lokführer*innen bekommen die Fahrerlaubnis stattdessen direkt in den Führerstand. Dies war Voraussetzung, um die Geschwindigkeit auf dieser Strecke auf über 160 km/h zu erhöhen. Ab diesem Wert ist es für die Lokführer*innen nicht mehr bei jeder Witterung möglich ein Signal rechtzeitig zu sehen. Diese Anwendung mit Führerstandsignalisation wird Level 2 genannt. Daneben gibt es Level 1, welches die bisherigen Schweizer Zugsicherungen PZB und Signum mit ETCS kombiniert. Level 3 ist die höchste Stufe und soll im Gegensatz zu bisherigen System ohne physische Installationen erkennen, ob ein Zug ein bestimmter Abschnitt verlassen hat. Dies würde eine dynamische Streckenbelegung ermöglichen, was die Streckenkapazitäten erhöhen könnte.

ausgelegt: Die Druckluftbremsen sind etwa so konzipiert, dass bei einer Störung (Druckverlust oder Zugtrennung) die Bremse sofort anspricht und den Zug bremst. Ein Signal ohne Signalbild, also ohne leuchtende Lampen, bedeutet in den Fahrvorschriften stets «Halt» und darf nur nach Absprache mit dem Stellwerk überfahren werden. Das komplette Versagen eines Sicherungssystems nach nur einem Fehler, der nicht auf einer anderen Ebene des Systems aufgefangen wird, ist also für die Eisenbahn nicht akzeptierbar und eine gravierende Sicherheitslücke. Dies stellt also die Frage, ob das System ETCS den Anforderungen der Eisenbahn genügt. Zur Verdeutlichung: Wenn in der Wartung einer von zehntausend Raddurchmessern falsch eingegeben wird, spricht dies nicht für eine mangelnde Qualität der geleisteten Arbeit. Trotzdem verlässt dann rund jedes tausendste Triebfahrzeug

chen, da zusätzliche Überwachung und Plausibilitätsprüfung durch optische Signale an der Strecke entfallen. Die Lokführer*innen können sich nicht mehr an der realen Situation orientieren, da sie diese gar nicht mehr sehen und einschätzen können, sondern müssen sich an starre Prozessabläufe mit grossem Fehlerpotential halten.

Bei der Luftfahrt ist diese Entwicklung schon weiter. Nach den Abstürzen von Flugzeugen des Typs Boeing 737 MAX 800/900 stellt sich die Luftfahrtsfachwelt ernüchtert die Frage, wie weit ein Assistenzsystem den Piloten unterstützt und wann die Übernahme von Aufgaben durch den Rechner sicherheitsgefährdend wird, da eine Korrektur des Computers durch den Piloten schlichtweg zu komplex ist. Der Preis dieser Entwicklung ist das Grounding aller Flugzeuge dieses Typs, da die Komplexität keine schnellen

und effizienten Korrekturen der Systeme mehr zulassen.

Interoperabilität

ETCS wurde entwickelt, um den Eisenbahnverkehr im vereinten Europa zu vereinfachen und allen Anbietern aller Länder «diskriminierungsfreien» Zugang zu allen Märkten (also Schienennetzen) zu gewähren. Darum wurde Anfang der neunziger Jahre das Projekt eines europaweiten Sicherungssystems für die Eisenbahn angestoßen. Die Grundlage dafür lieferten die EG/EU auf der politischen Ebene und die UIC¹ auf der Ebene der Eisenbahn. Daraus entstand das ETCS als Zugsicherung und GSM-R (Global System for Mobile Communication – Railways) als Funksystem. In der Praxis hat sich aber gezeigt, dass Fahrzeuge und Streckenausrüstungen unterschiedlicher Hersteller einander nur teilweise verstehen, was zur Folge hat, dass nicht alle ETCS-fähigen Fahrzeuge auf allen mit ETCS ausgerüsteten Strecken eingesetzt werden können. Es ist sogar so, dass momentan Fahrzeuge nur auf genau denjenigen ETCS-Strecken eingesetzt werden können, für die sie projektiert sind. Jedes einzelne ETCS-Projekt ist zur Zeit also ein zusätzliches, sich von den anderen unterscheidendes Signalsystem. Ausserdem haben die verschiedenen Bahnen und Netzbetreiber unterschiedliche Betriebsordnungen und -anforderungen und für gewisse nicht europaweit normierte Probleme eigene Lösungen entwickelt. Mit anderen Worten: Die nationale Logik der Staatsbahnen wurde durch eine Privatwirtschaftslogik ersetzt. Aus diesen Gründen wurde unten dem Namen *open-ETCS* ein OpenSource-Ansatz für die ETCS-Fahrzeuggeräte gestartet, um die Kompatibilität zu verbessern und die Beschaffungskosten für die Fahrzeugbetreiber zu senken.

Die stückweise Einführung von ETCS Level 2 hat auch zur Folge, dass Altfahrzeuge mit den schweizerischen Zugsicherungen, aber ohne ETCS, nicht mehr auf dem gesamten Schienennetz in der Schweiz verkehren können. So ist das Tessin und die Gotthardbergstrecke ohne ETCS nicht mehr erreichbar. Dies gilt in besonderem Masse auch für historische Fahrzeuge, für

die sich die teure Ausrüstung mit ETCS nicht lohnt.

Streckenkapazität

Von der Industrie wurde stets betont, dass mit ETCS eine um 15% höhere Streckenausnutzung möglich sei, da die Fahrbefehle für nachfolgende Züge dynamisch an die Geschwindigkeit des führenden Zuges angepasst werden können. Derzeit mehren sich aber die Hinweise, dass genau das Gegenteil der Fall sein könnte. Der Verband Schweizerischer Lokführer und Anwärter (VSLF) schreibt in einer Medienmitteilung: «ETCS [vernichtet] dringend benötigte Streckenkapazitäten. Auch die neu in Betrieb genommenen ETCS-Level 1-Strecken führen wegen der Systemlogik zu einer sehr defensiven Fahrweise. Auch hier



Die ETCS-Haltsignal-Tafeln sind die einzigen für die Lokführer sichtbaren Elemente auf der Strecke, geben aber keine Auskunft über die Streckenfreigabe.

wird die sichtbare, reale Plausibilität verschoben auf Blindfahrten mit Reglementkenntnissen oder schlichten Vermutungen. Der Safety-first-Lokführer muss und wird sich dementsprechend verhalten, was u. a. zu einem empfindlichen Verlust von Trassen führen wird.»

GSM-R

Für die Kommunikation zwischen ortsfesten Elementen, Rechnern und den Fahrzeugen braucht es eine ständige und zuverlässige Funkverbindung, dies geschieht über den aus den achtziger Jahren stammenden Mobilfunkstandard GSM. Es ist absehbar, dass die für Level 2 erforderlichen Funkkanalkapazitäten von GSM-R im Bereich von Rangierbahnhöfen und von grossen Bahnhöfen nicht ausreichen. In Bahn-

höfen müssten entweder sehr viele kleine Funkzellen eingerichtet werden, oder das weniger leistungsfähige ETCS Level 1 installiert werden. Das Problem lösen würde ein paketbasiertes Funksystem, die derzeitigen Standards erlauben aber nur den Einsatz des verbindungsbasierten GSM-R. Dies, die hohen Kosten für die Umrüstung und die noch immer mangelhafte Betriebsstabilität sind auch die Hauptgründe, wieso noch kein grösserer Bahnhof mit ETCS Level 2 ausgerüstet wurde.

Wie weiter?

So wie ETCS im Moment aufgebaut ist, ergeben sich gegenüber den beiden herkömmlichen Zugsicherungssystemen in der Schweiz kaum Gewinne in der Sicherheit – in der Theorie. In der Praxis kann sogar ein Sicherheitsverlust vermutet werden, wie die Vorfälle dieses Jahr und einer Entgleisung im Lötschberg-Basistunnel am 16. Oktober 2007 zeigen. Bei letzterem war ein Softwarefehler die Ursache: Während des Übergangs von der konventionellen Zugsicherung zu ETCS wurde ein genau in diesem Moment eingegebener Haltebefehl von der Streckenzentrale nicht ans Triebfahrzeug übermittelt. Die Streckenkapazität wird eher verringert und die Risikoabwägung wird für die Lokführer*innen erschwert. Die erwarteten Kostenreduktionen sind bis jetzt nicht eingetroffen und spielen für die Passagiere innerhalb eines Landes keine Rolle. Wird ETCS als Standard für alle Bahnen eingeführt, kann es sogar zu um einiges höheren Kosten für kleine Privatbahnen führen, was unter Umständen deren Daseinsberechtigung in Frage stellt – und damit die öV-Versorgung der betreffenden Regionen.² Und auf dem Stand von heute verteuern sich auch die Kosten für den Güterverkehr, da die Lokomotiven nicht über weniger, sondern über mehr Zugsicherungssysteme verfügen müssen. Es ist zwar gut, wenn Zugsicherungssysteme nicht mehr einer nationalen Logik folgen, doch ist ETCS im Moment weder verlässlich, sicher, noch leistungsfähig und günstig genug, um eine Umstellung auf Level 2 zu erzwingen, wie es das Bundesamt für Verkehr im Moment ab 2025 vorsieht.

smf

¹ Union Internationale des chemins de fer; weltweite Organisation für die Zusammenarbeit der Eisenbahnen.

² Auf der Kippe steht etwa seit Jahren das gesamte Netz der Chemins de Fer du Jura zwischen Chaux-de-Fonds, Glovelier und Tavannes, sowie Porrentruy – Bonfol.

Hongkong: Auf einmal tobt das Internet

Ein Game Publisher Gigant sperrt einen Profigamer aus einem seiner Spiele und verweigert ihm sein aus dem Turnier zustehendes Preisgeld. Seither ist das Internet verrückt. Was ist geschehen?

In einem Interview nach einem Match im Computerspiel Hearthstone von Activision, spendete der Profigamer Chung Ng Wai alias *Blitzchung* symbolisch eine Gasmasken und Schutzbrille für die Bewegung in Hongkong und sagte dazu: «Liberate Hong Kong, revolution of our age!» (dt.: «Freiheit für Hongkong, Revolution unserer Zeit»), ein Slogan der dortigen Aktivist*innen. Das gefiel dem US-amerikanischen Konzern ganz und gar nicht, der kurzerhand Blitzchungs Account für die Dauer eines Jahres sperrte und ihm die Auszahlung des Preisgeldes in der Höhe von 10'000 \$ verweigerte. Für Profispieler*innen wie ihn bilden die Preisgelder eine Lebensgrundlage. Zudem hat Blizzard die Zusammenarbeit mit den beiden Interviewern aufgekündigt.

An den Haaren herbeigezogen

Blizzards Rechtfertigung ist fadenscheinig, denn Blitzchung habe gegen die Turnierregeln verstossen, indem er etwas gesagt habe, das Blizzard in Verruf bringen, einen Teil oder eine Gruppe der Öffentlichkeit beleidige oder anderweitig Blizzards Ansehen schädige.

The Internet Strikes Back

Die grosse Gameschmiede hat manch ein Spiel auf den Markt gebracht, das heute Klassikerstatus hat, nicht zuletzt das Online Rollenspiel World of Warcraft. Entsprechend geht gerade ein Sturm der Entrüstung durch die Gaming-Szene und andere Teile des Internets darüber, wie der US-amerikanische Konzern sich in voreilemdem Gehorsam der chinesischen Zensur unterwirft. Dabei liessen es die Kritiker*innen nicht bei Worten bleiben. Mei, eine chinesischstämmige Heldin aus Overwatch, einem weiteren beliebten Spiel Blizzards, wurde zu einer Ikone der Hongkonger Bewegung stilisiert. Diese Aneignung und Umkehrung der Figur ist zum einen eine Solidaritäts-



So sieht ein Eigentümer aus: Mei aus dem Spiel Overwatch steht jetzt für Hongkong.

bekundung, zum anderen bewirkt sie v. a. dass damit Overwatch selbst Ziel der Zensur wird.¹

Kritik aus den eigenen Reihen

Auch unter Angestellten Blizzards herrscht Unmut über das Vorgehen des Konzerns. Mit Regenschirmen bestückt fotografierten sie sich während eines Streiks im Innenhof ihres Arbeitsplatzes vor einer Warcraft-Statue. Eine Referenz auf die Regenschirm-Protteste, die sich 2014 in Hongkong ereigneten. Regenschirme sind auch während der derzeitigen Pro-

¹ Diese Strategie basiert darauf, dass bereits Winnie the Pooh als Witz mit dem Präsidenten Xi Jinping in Verbindung gebracht wurde, weshalb der Bär in China seither zensiert wird. Seither werden immer wieder Spielecharaktere als Symbole des Widerstands gezeigt, um die Game-Publisher unter Druck zu bringen.

teste ein Symbol und auch Schutz.

Direkte Aktion im digitalen Zeitalter

Seit Blizzards / Activisions Reaktion wird im Internet zum Boykott aufgerufen. Menschen filmen, wie sie ihre Accounts löschen und die Spiele deinstallieren beziehungsweise machen Bilder davon. Zunächst wurde noch versucht dies durch Sperrmechanismen zu verhindern. Das nützt letztlich aber nichts, da die Spieler*innen auch einfach die Zahlungen einstellen können. Da tatsächlich viele Menschen den Boykottaufruf

in die Tat umsetzen, wird Blizzard Activision die Konsequenzen des eigenen Handelns wohl schmerzhaft zu spüren bekommen.

Einer unter vielen

Blizzard Activision hat aus ökonomischen Motiven seinen Ruf verzockt. Doch bloss weil dieses Unternehmen jetzt gerade im Fokus steht, sollten wir nicht vergessen, dass es nicht das einzige ist, das in voreilemdem Gehorsam sich der chinesischen Diktatur anbiedert und fügt: Apple beispielsweise lässt schon lange durch das Unternehmen Foxconn seine Produkte, die in der westlichen Welt als hip und innovativ gelten, unter menschenverachtenden Bedingungen herstellen.

Barry Bernhard

HK-Proteste: Gespräch mit der «Workers Group»

Das folgende Interview wurde via Internet während des Monats August geführt. Genoss*innen verschiedener Länder stellten als Bad Kids from the World, Fragen über das Auslieferungsgesetz an die Workers Group¹, einem proletarischen Kollektiv in Hongkong. Wir wollten verstehen in welchem grösseren Zusammenhang die Massenproteste mit Klassenkampf der Region stehen. Der Text wurde gleichzeitig ins Englische, Französische und Portugiesische übersetzt.

Er wurde zunächst auf libcom.org publiziert. Für die Publikation in *di schwarzi chatz* mussten aus Platzgründen einige Fragen des Interviews ausgewählt und die Antworten auf diese gekürzt werden.

*Bad Kids of the World [BKW]: Könnt Ihr uns die Risiken des Kampfes gegen das Auslieferungsgesetz und die Auswirkungen erklären, die dieses Gesetz im Alltag haben würde, hinsichtlich der materiellen Bedingungen der Arbeiter*innen, aber auch bezüglich der Möglichkeiten der revolutionären Gruppen und sozialen Bewegungen sich zu organisieren?*

Workers Group [WG]: Ich denke, das ist eine der Fragen, die am schwierigsten zu beantworten sind. Es ist recht klar, dass gewöhnliche Menschen nicht direkt betroffen sein werden, selbst wenn das Gesetz durchkommt. Es gibt drei Gruppen, die am stärksten davon betroffen wären:

1. Die superreichen Menschen aus China, die vor dem chinesischen Gesetz flüchten, um der Verurteilung für Wirtschaftserbrechen zu entgehen oder die aufgrund interner Konflikte in der kommunistischen Partei flohen.
2. Politische Aktivist*innen in Hongkong. Da es überhaupt keine politische Freiheit in China gibt, gibt es im Land auch keine organisierten Oppositionsparteien. Andererseits können wir auch sagen, dass Hongkong der einzige Ort auf chinesischem Gebiet ist, wo ein paar Oppositionsparteien existieren. Deshalb denken viele von uns, dass politische Aktivist*innen von diesem Gesetz bedroht werden.
3. Sie mögen keine Bürger*innen Chinas oder Hongkongs sein, sie stehen aber in mit China in einer Beziehung, sind

dort aber nicht willkommen. Dies sind NGO-Arbeiter*innen, Kleriker*innen oder Gläubige, Geschäftsleute oder jemand, den*die die chinesische Regierung nicht mag.

Wenn wir über Arbeiter*innen und Alltagsleben sprechen, ist es sehr wichtig zu verstehen, dass beinahe die ganze Bevölkerung in Hongkong aus chinesischen Migrant*innen besteht oder von diesen abstammen. Viele haben Verwandte auf dem Festland und sie kehren jedes Jahr für Familienfeste in ihre Heimatorte zurück. Gleichzeitig werden seit den 1980ern die wirtschaftlichen Verflechtungen zwischen China und Hongkong immer komplizierter. Viele Einwohner*innen Hongkongs arbeiten grenzüberquerend, besonders im Finanzsektor. Zuerst waren es Fabrikmanager*innen und Geschäftsleute, die

Wird es ein Ausschaffungsgesetz geben, könnten auch sie nach China geschickt werden.

Was die Möglichkeiten der revolutionären Gruppen und sozialen Bewegungen betrifft... Ich würde sagen, dass diese winzig sind. Die Workers Group besteht nur aus zehn bis zwanzig aktiven Mitgliedern. Viele Menschen nehmen auf sehr unterschiedliche Dinge an den Auseinandersetzungen teil und wir arbeiten nicht auf eine sehr koordinierte Art. Aber: Eine Besonderheit dieser Art von Massenproteste ist, dass viele, die zum ersten Mal protestieren, sehr viel tun wollen.

BKW: Um die Bewegung einer internationalen Öffentlichkeit vorzustellen, kannst Du kurz deren Geschichte zusammenfassen und wie es begann?



1. Juli: Im wurden gestürzten Parlament die fünf Forderungen bekannt gegeben.

aufs chinesische Festland gehen, um Fabriken aufzubauen und einzurichten. Später waren es nicht mehr nur Angestellte in der herstellenden Industrien, sondern auch Buchhalter*innen, Designer*innen, Ingenieur*innen, NGO- und Sozialarbeiter*innen und sogar Professor*innen, die Verbindungen nach China pflegen und Unternehmen gründeten. Es ist aber auch so, dass viele Menschen, die sich in Hongkong keine Wohnung leisten können, eine auf dem Festland kaufen, um eine bessere Wertschöpfung zu erzielen. Das sind die engen Beziehungen die gewöhnliche Menschen zu China pflegen. Viele Menschen befürchten auch, dass ihnen etwas in China geschehen könnte, das zu einer Strafanzeige gegen sie führen könnte.

WG: 1984 unterzeichnete die britische Regierung eine Übereinkunft mit Zhao Ziyang, um die Souveränität Hongkongs an China zurückzuübertragen. Darin ist eine Klausel, die explizit verspricht, dass das traditionelle System von Hongkong nicht mit dem von China verschmelzt wird, um die Bevölkerung von Hongkong zu beruhigen. Im Frühjahr 2019 versuchte die Regierung von Hongkong jedoch, dieses Versprechen zu brechen: Eine Person aus Hongkong tötete seine Freundin in Taiwan und floh nach Hongkong. Da Hongkong und Taiwan aber keine Übereinkunft über Ausschaffungen haben, kann die Person in Taiwan nicht wegen Mordes vor Gericht

¹ facebook.com/workercom (Kantonesisch)

HK-Proteste

(von Seite 7)

gebracht werden. Deshalb versucht die Regierung von Hongkong dies auszunutzen, um ein Zusatz zum Ausschaffungsgesetz durchzubringen. Der Inhalt des Auslieferungsgesetzes hat aber nichts mit dem Fall zu tun, denn die Regierung versucht ihre Zusammenarbeit mit China bei Ausschaffungen auszuweiten. In der Vergangenheit gab es bereits Beispiele dafür, dass Verbrecher*innen zwischen Hongkong und Taiwan ausgetauscht wurden, ohne Gesetzesänderung. Als Ergebnis dieses Versuchs gibt es, seit April 2019, mehr und mehr Proteste und ein immer stärkere Bedenken der internationalen Gemeinschaft. Am 9. Juni fand eine riesige Demonstration statt, welche die grösste seit 1989 war. Ungefähr eine Million Menschen nahmen daran teil. Was danach geschah, wisst ihr aus den Nachrichten, ich werde es also nicht wiederholen.

Vielen Menschen in Hongkong ist nicht klar, warum die chinesische Regierung gerade diesen Moment wählte, um das Ausschaffungsgesetz zu verabschieden. Ich glaube, sie haben dafür einen Zeitplan. Was ich meine ist, dass Xi Jinping seit er 2012 Präsident Chinas wurde die Kontrolle über das gesamte Land zu verschärfen begann: Erstens reformierte er die Struktur der Regierung, so dass die Macht auf eine einzige Person konzentriert ist, ihm selbst. Zweitens gibt es eine starke Unterdrückung der Zivilgesellschaft in China. Soziale Bewegungen – etwa von Familien, Anwält*innen, Gewerkschaftsaktivist*innen – wurden alle unterdrückt. Und die Regierung versucht, die Medien noch stärker zu kontrollieren als bis jetzt. Die Kommunistische Partei verlangt andererseits auch von jedem Unternehmen, auch Privaten, einen neue Parteisektion aufzubauen. Das bedeutet, dass die KP versucht sich auszudehnen und Anführerin jeglicher sozialer Institution zu werden. Zweitens versucht sie die Kontrolle über Orte zu erlangen, die sie nicht vollständig kontrolliert, das ist in Xinjiang geschehen. Xinjiang befindet sich im nordwestlichen Teil Chinas, der kulturell mit Kasachstan, Pakistan und dem Rest Zentralasiens verbunden ist. Die meisten Menschen dort sind keine Chines*innen, sondern Uighur*innen.

Da es keine traditionell chinesische Region ist, die chinesische Regierung sie ausbeutet und kolonialisiert, gab es dort immer ein eigenes Nationalgefühl und Unabhängigkeitsbewegungen. Und seit 2013 oder 2014 errichtet die chinesische Regierung dort Konzentrationslager, wohin sie ethnische Uighur*innen schickt. Sie nennen es «Umerziehungslager» oder Entextremisierungslager. Die Menschen werden dort Gehirnwäsche und patriotischer Erziehung unterworfen, während 8 oder gar 10 Stunden pro Tag, verbunden mit Zwangsarbeit. Über dieses Thema wird ausführlich berichtet. Viele glauben, der Grund, warum das geschieht, ist, dass Xinjian der Start für die Neue Seidenstrasse ist – ein Infrastrukturprojekt, das unter anderem Kasachstan mit Autobahnen und Pipelines mit China verbinden soll.



Am 24. August wird auch gegen die Überwachung protestiert. In Hongkong sind in den Strassenlaternen Überwachungskameras versteckt.

Der andere Teil dieser Aktion ist, komplette Kontrolle über Hongkong und Taiwan zu erlangen. Da sich die beiden Regionen in einer völlig anderen Lage befinden, können sie uns nicht in Konzentrationslager schicken. Sie versuchen aber über eine Reihe von Schritten die Kontrolle zu verschärfen. Dies schliesst die Stigmatisierung der Oppositionspartei und Ausdehnung der Kontrolle über die Medien in Hongkong mit ein. Darunter fallen Zeitungen und Fernsehsender. Dazu gehört es auch, Geschäftsleute und Gangster für sich zu kaufen und Parteien zu unterstützen, die mit China verhandelt sind. Es geschieht aber auch viel, um die Presse- und Meinungsfreiheit im akademischen Bereich zu unterdrücken. Das geschieht in Hongkong und Taiwan gleichzeitig. Der

Umgang mit Hongkong ist für China aber schwieriger als mit Taiwan, da China über Hongkong mit dem Rest der Welt verbunden ist. Alle, die in China etwas tun wollen, sei es geschäftlicher, religiöser, politischer, wohltätiger oder anderer Natur müssen durch Hongkong gehen. In diesem Sinne ist die Stadt sehr kompliziert.

BKW: Wie setzt sich die Bewegung sozial betrachtet zusammen? Wer sind die Menschen an den Demonstrationen (Alter, Jobs, Klasse)? Welche Branchen beteiligten sich am Streik? Beteiligen sich diese Menschen seit Beginn der Bewegung oder sind sie erst später ein Teil davon geworden?

WG: Die Protestierenden kommen definitiv aus verschiedenen Klassen, doch wenn wir davon sprechen, gibt es wohl zwei Gruppen, die am wichtigsten sind.

Die erste sind die Schüler*innen und Studierenden. Damit meine ich Menschen im Alter von 10 bis 20 Jahren. Es ist verrückt, dass Menschen im Alter von zehn Jahren auf die Strasse gehen und kämpfen, aber ja, das ist, was geschieht. Einige Menschen, die in näherem Kontakt mit den Studierenden stehen, haben mir gesagt, dass die Herkunft dieser Studierenden ebenfalls sehr unterschiedlich ist. Einige kommen aus sehr wohlhabenden Familien und andere aus sehr armen Familien. Sie befinden sich aber in sehr unterschiedlichen Situationen.

Nun, die Studierenden in Hongkong stecken aus verschiedenen Gründen in grossen Schwierigkeiten. Erstens, der Druck zu studieren. Es gibt eine Umfra-

ge, die aufzeigt, dass die Anzahl Stunden, die sie fürs Studium aufwenden, höher ist als die durchschnittliche Arbeitszeit: 55 Stunden. Die durchschnittliche Wochenarbeitszeit einer*r Arbeiter*in liegt bei 50 Stunden. Zweitens ist es den Studierenden klar, dass es keine soziale Mobilität gibt. Egal ob Du ein*e Universitätsabgänger*in bist oder nicht, Du wirst definitiv nicht in der Lage sein, eine Wohnung zu kaufen oder ein gutes Einkommen nach dem Studium zu erhalten. Eine äusserst besorgniserregende Entwicklung ist, dass in den letzten Jahren Suizide von Student*innen in Rekordhöhen zu verzeichnen sind. Es ist noch unklar was genau die Ursachen sind, aber es scheint klar, dass es mit dem Bildungssystem und der Perspektivlosigkeit zusammenhängt.

Die andere sehr wichtige Gruppe sind die jungen Arbeiter*innen, die zum Teil gerade die Universität abgeschlossen haben. Sie sind so 20 bis 30 Jahre alt. Es gibt offensichtlich Unterschiede bei deren Einkommen, ich bin mir jedoch recht sicher, dass es unter ihnen viele Arbeitslose gibt und auch viele Freischaffende, die nicht Vollzeit arbeiten. Sie sind am flexibelsten und können an allen Protesten teilnehmen. Der Grund dafür ist, dass sie einerseits ein Einkommen haben und andererseits selbst über ihre Zeit verfügen. Viele Freund*innen von mir haben ihre Arbeit gekündigt, um mehr Zeit für die Proteste zu haben. Sie können am einfachsten teilnehmen, da sie keine Angst zu haben brauchen, gekündigt zu werden oder ernsthafte Konsequenzen in Kauf nehmen müssen, weil sie an einem bestimmten Tag nicht gearbeitet hätten.

Das sind die beiden wichtigsten Gruppen. Aber ich würde sagen, dass die Mittelklasse weiterhin eine sehr wichtige Rolle in der Bewegung spielt, indem sie Geld spendet, verschiedene Sachen tut u. a. auch Propaganda-Material druckt und sehr viel Schutz-ausrüstung für die Protestierenden kauft. Vor diesem Konflikt gab es niemals Helme und Gasmasken in Protesten und diese Gegenstände sind recht teuer.

[Update am 6. September: Der Bericht einer Vor-Ort-Umfrage, die alle De-

monstrationen vom 4. August bis zum 6. September abdeckt, ergab, dass das Verhältnis männlich / weiblich zwischen 1:1 und 3:2 schwankt, 70-90% der Protestierenden einen Universitätsabschluss haben und etwa die Hälfte aller Protestierenden zwischen 10-30 Jahren alt ist; etwa die Hälfte der Protestierenden bezeichnet sich als «Mittelklasse».]

BKW: Und was gibt es über die Beziehung zwischen der Bewegung und dem Leben am Arbeitsplatz zu sagen? Erzeugte die Bewegung Arbeitskämpfe oder gab es solche, die sich mit der Bewegung verbanden?



Eine bedeutende Parole: 'Ngor Yiu Laam Chao' - Wenn wir brennen, brennt ihr mit uns. Die Bewegung ist entschlossen gegen die Interessen der Herrschenden vor, auch wenn sie dabei untergehen wird.

WG: Es gab aus mehreren Gründen nicht viele Arbeitskonflikte. Erstens: Das Ausschaffungsgesetz steht nicht in Bezug zu einem bestimmten Arbeitsplatz. Zweitens: Arbeitskämpfe sind niemals ein Thema der grösseren sozialen Bewegungen Hongkongs. Wir haben hier nur ein bis zwei Streiks pro Jahr und etwas mehr als zehn wilde Streiks von Bauarbeiter*innen, die in Unterverträgen angestellt sind und immer von ausbleibenden Lohnzahlungen betroffen sind. Die Menschen nehmen im Allgemeinen Streiks nicht als Protestform wahr.

BKW: Abgesehen von chinesischen Unternehmen, was ist die Position der Bosse anderer Unternehmen?

WG: Transnationale Unternehmen, Banken und Buchhaltungsunternehmen ein-

bezogen, ermuntern ihre Angestellten indirekt, am Protest teilzunehmen, indem sie interne Mitteilungen ausgeben, die besagen, dass «home office Arbeit empfohlen werde, aufgrund der möglicherweise chaotischen Situation morgen». Infolgedessen können nicht nur die direkt Angestellten streiken, sondern die Geschäftspartner*innen werden auch sabotiert.

[Update am 6. September: Seit unserer Diskussion hat sich viel verändert.

-Flugunternehmen: Die chinesische Zivilluftfahrtbehörde hat Cathay Pacific, das führende und stark gewerkschaftlich organisierte Flugunternehmen Hongkongs

aufgefordert, eine Liste der Angestellten einzureichen, die an den Protesten teilnahmen, verbunden mit der Drohung, die Fluggenehmigung über China zu verweigern. Der aus Schottland stammende CEO weigerte sich und wurde gezwungen zu kündigen. Er wurde durch einen chinesischen Unternehmer ersetzt, der schnell mehrere Angestellte aufgrund der Teilnahme an den Protesten feuerte. Sie gehen so weit, dass sie die Angestellten ermuntern ihre Kolleg*innen zu denunzieren, wenn sie an den Protesten teilgenommen haben.

- Die Metro, die nun vollständig mit den Cops kooperiert, feuert U-Bahn-Fahrer*innen, welche die Streikpetition unterschrieben hatten.]

Übersetzt und gekürzt von Barry Bernhard

Was bleibt nach dem Aufstand in Ecuador?

Als der ecuadorianische Präsident Lenin Moreno am 1. Oktober ein Reformpaket ankündigte, um den Forderungen des IWF für einen 4,2 Milliarden US-Dollar schweren Kredit nachzukommen, ahnte er nicht, was er damit auslösen würde. Die naive Unterschätzung der Kraft und Entschlossenheit der proletarisierten Massen haben Moreno fast sein Amt gekostet. Es ging bei den Protesten nicht nur um die Streichung der Treibstoffsubventionen, die unmittelbar die Verteuerung der Lebenshaltungskosten nach sich zog. Auch Lohn- und Ferienkürzungen, sowie die generelle Lockerung des Arbeitsschutzes sorgten für

vier Wänden statt, die Leute nahmen sich den sozialen Raum zurück. Sie errichteten nicht nur Barrikaden, sondern auch solidarische Sammelzentren, befreite Zonen, in denen Kostenlosigkeit, Selbstorganisation und Solidarität anstatt Konkurrenz und Warenförmigkeit im Mittelpunkt standen. In der ganzen Stadt wurde in Volksküchen gegessen und überall gab es Vollversammlungen. Die selbstorganisierten proletarischen Massen konnten endlich an ihrer Selbstaufhebung schnuppern.

Doch fast zwei Wochen nach dem Ausbruch der größten Massenproteste der letzten 14 Jahre hat die Regierung

in den Sozialen Medien gegen den bürgerlichen Staat, Kolonialismus, Kapital, Klassengesellschaft und den IWF agitiert hätten. Die umstrittene Streichung der Treibstoffsubventionen wurden derweilen am Dienstag, 15. Oktober, zurückgezogen. Die Treibstoffpreise sind wieder auf das Niveau vor den Protesten gesunken. Eine neues Dekret für die Treibstoffsubventionen soll in Ausarbeitung sein. Während einige Wortführer*innen indigener Dachverbände und sozialer Organisationen, wie auch einige Demonstrant*innen, den Rückzug Morenos als Sieg bewerten, bleibt aus verschiedenen Gründen ein bitterer Nachgeschmack.



In Quito fanden die heftigsten Auseinandersetzungen statt.

Wut in der Bevölkerung. Bereits zwei Tage nach der Ankündigung der Sparmaßnahmen kam es zu Streiks im Transportsektor und Massenmobilisierungen im ganzen Land. Wenige Tage später kündigte die CONAIE (der Dachverband der indigenen Nationalitäten Ecuadors) einen Marsch auf Quito an. Am 9. Oktober kam es schliesslich zu einem Generalstreik. Es folgten wilde Tage des Aufstands und der Unruhe im ganzen Land. Regierungs- und Polizeigebäude wurden in Brand gesteckt, Straßenblockaden errichtet, Topfschlag-Proteste und Demonstrationen organisiert, Geschäfte geplündert und Ölfelder besetzt. In der Hauptstadt Quito waren die Auseinandersetzungen auf den Straßen am Heftigsten. Doch auch eine immense Solidarität war zu spüren. Mehrere Genoss*innen sprachen von der «Kommune von Quito». Das Leben fand nicht mehr atomisiert in den eigenen

Moreno nach Verhandlungen mit der CONAIE die angekündigte Streichung der Treibstoffsubventionen zurückgezogen. Die Massenmobilisierungen wurden vorerst beendet und Moreno kann seinen Posten behalten. Viele bürgerliche Politiker*innen, die auf Neuwahlen hofften und davon träumten im Zuge der Proteste an die Macht gespült zu werden, müssen sich weiter gedulden. In Quito sind die Aufräumarbeiten in vollem Gange, der Staat möchte unbedingt wieder die Kontrolle über das ganze Territorium erlangen. Die Staatsanwaltschaft hat derweil angekündigt, die Verantwortlichen für den «Vandalismus» möglichst schnell zur Rechenschaft ziehen zu wollen. Es droht eine Repressionswelle: Laut der bürgerlichen Presse sollen 19 «linksextreme Gruppierungen» im Visier des Staates sein. Damit sind Gruppierungen gemeint, die auf den Strassen und

Das wahre Gesicht des Staates

Die Streichung der Treibstoffsubventionen war nur eine Massnahme eines ganzen Reformpakets, welches der Internationale Währungsfonds (IWF) der ecuadorianischen Regierung auferlegte. Der neoliberale Angriff des Staates ist also bei Weitem noch nicht abgewendet. Das Haushaltsdefizit und die Staatsverschuldung müssen nach wie vor in Absprache mit dem IWF gesenkt werden.

Doch am augenfälligsten ist die tragische Bilanz der Proteste: Die autoritäre Antwort des Staates auf die wilden Unruhen hat 8 Tote, 1.300 Verletzte und fast 1.200 Verhaftete gefordert. Dazu kommen unzählige Berichte über Folter in den Gefängnissen. Die Unverschämtheit, mit der die Regierung versucht, jegliche Verantwortung für die massiven Menschenrechteverletzungen von sich zu weisen, dürfte so manchen zum Würgen bringen. Am Abend des 9. Oktobers starb laut der Regierung der Familienvater Segundo Inocencio Tucumbi Vega (49) aufgrund eines Sturzes. Sein Sohn hingegen berichtet, dass sein Vater per Distanzkopfschuss von der Polizei ermordet worden sei. Marco Otto (26) ein junger Mann mit einer geistigen Beeinträchtigung und José Daniel Chaluisa (40) starben, als sie auf der Flucht von der Polizei von einer Brücke stürzten. Die Regierung sprach von einem «Unfall», mit dem die Ordnungskräfte nichts zu tun hätten. Videos von Zeug*innen zeigen wie die Polizist*innen die beiden

jungen Männer nach dem Sturz einfach liegen ließen. Von den verzweifelten Aufforderungen der Anwohner*innen, den Männern zu helfen, liessen sie sich nicht beeindrucken. Zu den weiteren tödlichen Opfer der Unruhen gehören: Abelardo Vega Caisaguano (41), Silvia Mera Navarrete (35), Édison Mosquera Amagua (29), José Rodrigo Chaluisa (36) und Raúl Chilpe (alter unbekannt). Die latent gewalttätige Essenz des bürgerlichen Staates trat in den letzten Tagen deutlich an die Oberfläche. Neben dem immer noch anhaltenden Ausnahmezustand wurde ab dem 8. Oktober zwischen 20 Uhr und 5 Uhr eine Ausgangssperre verhängt. Leider hat ein Teil der Bewegung, allen voran die CONAIE, die als größte Institution der Indigenen Bevölkerung Ecuadors eine beträchtliche Kraft besitzt, letzten Endes im Staat einen Verhandlungspartner gesehen.

Die indigene Bewegung und ihre lange Widerstandstradition

Nachdem der Aufruf der Gewerkschaften zur Beendigung des Streiks im Transportsektor von der Basis grösstenteils nicht befolgt wurde und am 8. Oktober der indigene Marsch in Quito eintraf, war klar, dass die verschiedenen indigenen Nationalitäten eine zentrale Rolle einnehmen würden. Das ist weder überraschend noch neu, gehört die indigene Bevölkerung Ecuadors doch zu den ärmsten Schichten des Landes und sieht sich in einer 500-jährigen Tradition des antikolonialen Widerstands. Sie leistet seit langem erbitterte Gegenwehr gegen die vielen verschiedenen Problemen, mit denen sie sich im Kapitalismus konfrontiert sieht. Neben der Armut und den geringen Bildungschancen ist für viele Teile der indigenen Bevölkerung Ecuadors auch der Landraub und Umweltschäden in Folge der Förderung von Erdöl und Erdgas ein großes Problem. Dieser Landraub oder auch Landgrabbing genannt ist das, was Marx «Ursprüngliche Akkumulation» nannte. Es ist kein einmaliger Prozess in der Geschichte des Kapitalismus, sondern er wiederholt sich kontinuierlich. Zudem leidet die indigene Bevölkerung unter rassistischer Diskriminierung. Exemplarisch hierfür steht die Bekundung des rechten Bürgermeisters von Guayaquil,

die Proteste würden zeigen, dass die indigene Bevölkerung «nicht fähig für ein zivilisiertes Zusammenleben» sei.

Dennoch ist die indigene Bevölkerung Ecuadors (insgesamt gibt es in Ecuador 13 verschiedene indigene Nationalitäten) die am stärksten organisierte indigene Bewegung in ganz Lateinamerika. Sie ist grösstenteils in der CONAIE organisiert und verfügt über eine ungeheure Entschlossenheit und Mobilisierungspotential. Wo in den kapitalistischen Metropolen Individualismus und Atomisierung herrscht, steht für die indigenen Gemeinden die Gemeinschaft und der Zusammenhalt im Mittelpunkt. So marschierten teilweise ganze Familien teilweise über drei Tage in die Hauptstadt und blockierten die Straßen. In Quito wurden sie von ihren Mitstreit-

Demonstrant*innen zur Mäßigung und zum Dialog auffrief. Schließlich forderte die CONAIE u.a. die sofortige Rücknahme der Streichung der Treibstoffsubventionen und trat am 13. Oktober in Verhandlungen mit der Regierung unter Vermittlung der UNO und der Bischofskonferenz.

Indigen und Proletarisch?

Was die indigene Bewegung angeht, so war insbesondere der sogenannte «Indigenismus» oft Bestandteil vieler Diskussionen unter Revolutionär*innen in Ecuador. Im Jahr 2010 gab es beispielsweise eine angeregte schriftliche Auseinandersetzung zwischen einem Mitglied der anarchistischen Gruppe «Chasqui Anarquista» und einem Mitglied



Anstatt Konkurrenz und Warenförmigkeit herrschte in den Kommune von Quito Solidarität und Kostenlosigkeit.

ter*innen mit offenen Armen empfangen. Bereits Tage zuvor sammelten verschiedene soziale Organisationen Decken, Lebensmittel oder Hygieneartikel. Die Universitäten «Politecnica Salesiana» und «Pontificia Católica» wurden zu «Humanitären Friedenszonen» deklariert, in denen die Angereisten aus allen Städten übernachten, ausruhen und sich zurückziehen konnten. Obwohl sich auch viele Kinder und ältere Menschen darin aufhielten, wurden diese solidarische Aufnahmestellen von der Polizei massiv mit Tränengas beschossen. Trotzdem hielten die Proteste weiter an und gewannen an Stärke. Die CONAIE verweigerte zunächst jeglichen Dialog mit der Regierung, auch wenn ihr parlamentarischer Arm, die Pachakutik, schon ziemlich früh die

der linkskommunistisch-anarchistischen Gruppe «Comunistas Integrales», die auch im Kontext der Geschehnisse der letzten Tage von Interesse sein kann und von der ich kurz einer der spannendsten Diskussionspunkte herauspicken möchte. Das Mitglied von «Chasqui Anarquista» beteuerte, dass die indigenen Gemeinschaften, aufgrund von ihrem Zusammenhalt und ihrer traditionellen Lebensweise quasi eine Keimzelle des Anarchismus seien. Zudem lebten viele indigene Gemeinschaften auf dem Land in einer Art Selbstverwaltung, die Landparzellen seien kleine Inseln des Widerstands. Die Subsistenzwirtschaft müsse in diesem Sinne als Gegenpol zur

weiter auf Seite 12

Lohnarbeit verstanden werden. Anders die Position des Mitglieds von «Comunistas Integrales»: Die einseitige Fokussierung auf indigene Gemeinschaften sei reduktionistisch, zumal die indigene Bevölkerung nicht nur in den Gemeinschaften organisiert ist, sondern auch in breiteren Zusammenschlüssen wie die CONAIE und deren parlamentarischer Arm die Pachakutik. Diese seien beide eindeutig reformistisch und würden nur nach Veränderungen im Rahmen des bürgerlichen Staates streben. Zudem gäbe es auch für indigene Gemeinschaften kein «Ausserhalb» des Kapitalismus. So sei auch die «indigene Bevölkerung» keine homogene Masse, sondern auch von Klassenunterschieden durchzogen. Neben zahlreichen indigenen informellen Arbeiter*innen, gibt es auch eine bürgerlich-indigene Klasse. Ein Großteil der indigenen Bewegung tendiere dazu, diese Differenzen nicht zu beachten. Desweiteren seien indigenen Gemeinschaften mit eigenen Landparzellen keine Projekte einer antikapitalistischen Selbstverwaltung. Die Leute, die Ländereien beackern seien

lohnabhängige Akkordarbeiter*innen und abhängig vom Markt: Irgendwo müssen sie ja ihre Produkte loswerden. Diejenigen Teile der indigenen Bevölkerung, die nicht auf dem Land arbeiten und sich als formelle oder informelle Arbeiter*innen in den Städten verdingen müssen, seien um so offensichtlicher Teil des Proletariats. Letzten Endes mündet die Kritik des Mitglieds von «Comunistas Integrales» darin, dass die praktische Kritik der indigenen Bewegung beschränkt bleibt, solange sie sich lediglich als Indigene verstünden und nicht als proletarisierte Subjekte innerhalb des Kapitalismus.

Was bleibt von den Protesten?

Auch wenn die indigene Bewegung einen großen Einfluss auf die Proteste hatte, so darf nicht vergessen werden, dass auch weitere Teile der Bevölkerung Ecuadors sich an den Massenmobilisierungen beteiligten. Auch wenn die CONAIE im Verlauf des Konflikts immer mehr ins Zentrum rückte, handelte es sich nicht um einen indigenen, sondern um einen sozialen Aufstand. Ebenso wäre es falsch die ganzen Proteste kleinzureden, nur weil sie nicht aufs Ganze gehen konnten und sich

die Leute letztendlich mit reformistischen Errungenschaften zufrieden gaben. Die Massenmobilisierungen waren beeindruckend und sind sicher sehr lehrreich für die Proletarisierten, die mit einer unerwarteten Wucht aus einem fast 15-jährigen Schlaf erwacht sind. Der soziale Konflikt bleibt bestehen und auch das weitere Vorgehen der Regierung ist noch unklar. Die Limitierungen mit denen sich die Aufständischen in Ecuador konfrontiert sahen, waren u. a. bedingt durch einen fehlenden länderübergreifenden Klassenkampf, wie auch durch die mangelnde praktische Kritik an der Warengesellschaft, dem Staat und den verschiedenen politischen Institutionen seien es Gewerkschaften oder Parteien. Auch die Rolle der CONAIE und ihrer Führung ist in diesem Sinne kritisch zu betrachten. Was oft als wütender und führungsloser Aufstand beginnt, wird meist in traditionell bürgerliche Bahnen geleitet: Die Macht der Integration zeigt sich dort am deutlichsten, wo die Integration selbst als Sieg gefeiert wird und dort wo das kleinste Übel zu einer Veränderung des Status quo hochstilisiert wird.

Mariana Lautréamont

Invasion in Rojava

Es war eine Frage der Zeit. Seit dem «Ende» des syrischen Bürger*innenkriegs, stand die Frage im Raum, wie sowohl die Türkei wie auch das syrische Assad-Regime mit dem befreiten Gebiet im Norden Syriens umgehen würden. Bereits im August machte die Trump-Regierung klar, dass sie zu Gesprächen über eine mögliche Sicherheitszone bereit sei. Damals meinte mensch noch, die USA würden eine geteilte Kontrolle über das Gebiet anstreben.

Der falsche Verbündete zieht ab

Als Ende September Trump und Co. den Abzug ihrer Soldat*innen aus dem Grenzgebiet zur Türkei verkündeten, war klar, dass eine Invasion durch die Türkei nicht mehr lange auf sich warten lassen würde. Der türkische Staat kündigt diese schon seit Monaten an. Besonders bitter: Die US-Militärs hatten die Kämpfer*innen

rund um die *Syrian Democratic Forces* SDF kurze Zeit vorher noch dazu bewogen, Grenzbefestigungen zur Türkei abzubauen, als Zeichen des guten Willens. Tage später wurden sie von den USA verraten und von deren Nato-Partner, der Türkei, überfallen.

Die Schlächter*innen in der Nato

Das militärische Nato-Bündnis ist nicht gerade für seine humanitäre Hilfe oder das Einhalten von Kriegs-Konventionen bekannt. Ob der Eimarsch in Afghanistan 2002 oder in den Irak 2003, die Nato-Mitglieder waren bei den Massakern dabei. Neu war jedoch, dass Nato-Mitglieder auf zwei verschiedenen Seiten standen. Die USA kämpfte gemeinsam mit den SDF gegen den Islamischen Staat IS. Der türkische Staat hingegen unterstützte diesen oder zumindest ihm nahestehende Söldner*innengruppen. In der Schlacht um die Stadt Kobanê im September 2014 kämpften so türkisch unterstützte Milizen

gegen die von der USA unterstützten SDF. Damit es dieses mal nicht zu einer direkten Konfrontation zwischen den Bündnispartnern Türkei und USA kommen würde, zog die USA ihre Truppen von der Grenze ab. Mit der heuchlerischen Bitte, die Türkei möge doch bitte verhältnismässig vorgehen bei ihrer Invasion. Nun ist sie empört darüber, dass es während der Invasion zu Bombardierung von Zivilist*innen, Vergewaltigungen, Vertreibungen, Erschiessungen und anderen Kriegsverbrechen gekommen ist.

Falsches «Sicherheitsbedürfnis» des türkischen Staats

Seit der Unabhängigkeit Rojavas droht der türkische Staat damit, das Gebiet zu überfallen, da dies von kurdischen Terrorist*innen gehalten werde. Erdogan bezieht sich damit auf die Nähe der Volksverteidigungseinheiten YPG bzw. der Frauenverteidigungseinheiten YPJ zur

kurdischen Arbeiter*innenpartei PKK. Diese wehrt sich schon seit Jahrzehnten gegen die Diskriminierung und die Massaker der türkischen Regierung gegen die kurdische Bevölkerung und wird daher von der Türkei als Terrorgruppe bezeichnet.

Daher hätte die Türkei gerne einen 30x80 Kilometer grosse «Sicherheitszone» vor ihrer Grenze zu Syrien. Die von der Türkei angeführten Sicherheitsbedenken sind jedoch Augenschwermerei. Weder haben die bewaffneten Revolutionär*innen in Rojava genug Feuerkraft, noch überhaupt den Willen die Türkei ernsthaft anzugreifen. Seit der Befreiung des Gebiets gab es noch keinen einzigen Angriff auf türkisches Gebiet vonseiten Rojavas, jedoch sehr viele Angriffe, welche von türkischer Seite gestartet oder zumindest unterstützt wurden. Einzelne Angriffe vonseiten Rojavas fanden erst statt, als sich die Bevölkerung gegen die türkische Invasion verteidigen musste.

Vertreibung als Ziel

Die Türkei verfolgt mit ihrem Angriff andere Ziele als Sicherheit: Der türkische Staat will die eigenen miserabel unterhaltenen Flüchtlingscamps entlasten, indem er in Rojava vor allem arabischstämmige Flüchtlinge ansiedeln will. Damit destabilisiert die Türkei gleichzeitig das ethnische Zusammenleben in Rojava, welches grösstenteils von Kurd*innen und anderen syrischen Minderheiten (z.B. Christ*innen oder Jessid*innen) bewohnt wird. Das ist klassische Vertreibungs- und Umsiedlungspolitik. Erdogans Ziel ist nicht Sicherheit, sondern die Zerstörung des Projekts Rojavas. Denn dieses hatte bisher bewiesen, dass sowohl die Zivilbevölkerung wie auch das Militär Rojavas ihre Prinzipien teilweise erfolgreich umsetzen konnte, und dies trotz des Krieges. Darunter sind ökologische, basisdemokratische und feministische Anliegen, die in einer Art Rätepolitik angegangen werden.

Die westlichen Staaten schweigen...

Erdogans Trumpf und zugleich eines seiner grössten Probleme im Land sind die Millionen Flüchtlinge aus Syrien. Gleichzeitig droht Erdogan bei der kleinsten Widerrede des Westens damit,

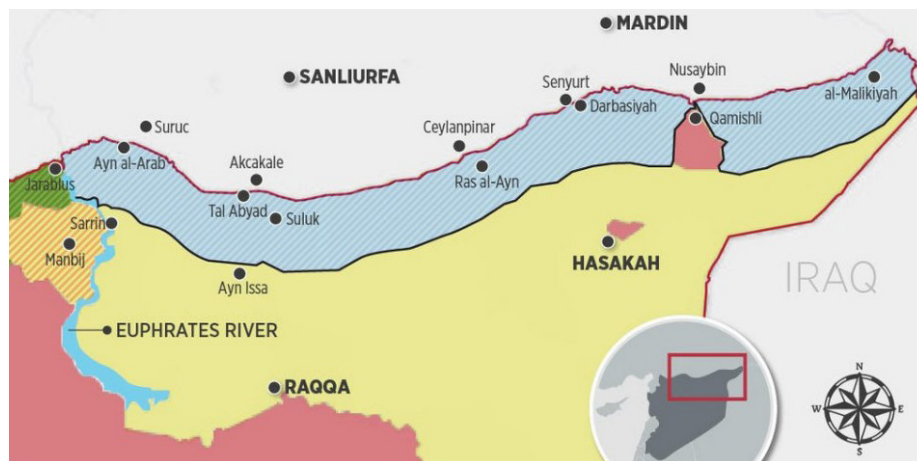
die Flüchtlinge sofort nach Europa zu schicken. Daher zögern die Staaten, allzu harsche Kritik oder gar Sanktionen gegen Erdogan einzusetzen.

Geopolitisches Schlachtfeld

Syrien war seit Beginn des Bürger*innenkriegs ein Stellvertretungskrieg verschiedener Grossmächte und Nachbarstaaten. Die Türkei erhoffte ab Kriegsbeginn den Sturz des syrischen Diktators Al-Assad und unterstützte nicht nur den IS, sondern auch die islamistischen

der Revolution nur verzögern, wäre aber besiegelt. Denn während die Kurd*innen alles gegen die Türkei einsetzen, sind Teile der Bevölkerung Rojavas immer noch auf Kriegsfuss mit dem Regime, bzw. droht ihnen immer noch die Verfolgung durch das Regime. Die oft beschworene Einheit der Syrian Democratic Forces könnte also durch die notfallmässige Bitte um Militärhilfe an die Schlächter*innen Assads bröckeln.

Doch vor einer Übernahme der Region hat Assad immer noch mit den Überresten der



Die von der Türkei angestrebte „Sicherheitszone“ umfasst die grösseren Städte in Rojava, z.B. auch das 2015 vom IS zurückeroberte Kobanê (Ayn al-Arab).

Milizen, welche sich zur «freien Syrischen Armee» zusammengeschlossen hatten. Teile dieser islamistischen Gruppierungen beteiligen sich nun erneut an der Offensive.

Assad gewinnt

Glückliche Gewinner dieser Invasion scheinen nun das Assad-Regime und der mit ihm verbündete russische Staat zu sein. Denn das Assad-Regime wurde eine Woche nach Beginn der Invasion von den SDF-Kräften angefragt, ob es Truppen in die sonst vom syrischen Staat befreite Region entsenden könne. Bisher war unklar, wie das Regime mit der Revolution im Norden des Landes umgehen würde. Eine offene Konfrontation wäre ein politisch heikles Unterfangen gewesen. Nun hat die Regierung mit ihrer Hilfeleistung einen Fuss in der Türe Rojavas – und auch eine militärische Präsenz in der Region – und könnte sich über längere Zeit die Region wieder einverleiben. Die Kooperation mit dem brutalen Regime aus der Not heraus könnte also letzten Endes das Scheitern

Rebell*innen in Idlib und auch mit den sich nun wieder formierenden Kämpfer*innen des IS zu kämpfen, von den Territorial-Streitigkeiten mit Israel ganz zu schweigen. Und schon bald könnten sich die beiden Schlächter Erdogan und Assad schon bald in Nordsyrien begegnen. Und einen neuen Krieg vom Zaun brechen.

Druck aufrecht erhalten

Entgegen ihrer Staaten hat es besonders zu Beginn der Invasion viele Solidaritätskundgebungen im Westen gegeben. Die partielle Kehrtwende der Trump-Regierung kann als Erfolg dieser Solidaritätswelle gewertet werden, wenn es auch nur ein kleiner ist – und die Trump-Regierung dazu neigt, Leute mit ihrer «Hilfe» noch tiefer in die Scheisse zu reiten. Mittlerweile haben auch mehrere Länder die Waffenexporte in die Türkei eingestellt. Wie die Solidarität in Zukunft aussehen muss, bleibt noch offen. So wie die Zukunft des freiheitlichen Rojavas.

Druck von unten

Mit ihrer Ankunft in Malmö beginnt Daria Bogdanskas Versuch, ihr Leben in den Griff zu kriegen, wie sie selbst sagt. Mit ihrer Einreise beginnt diese autobiographische graphic novel und über ihre Vergangenheit erfahren wir erst später mehr und nicht viel. Für ihren Neuanfang hat sie sich ausgerechnet an einer Comichochschule eingeschrieben. Sie wagt diesen Versuch, obwohl sie kein Wort Schwedisch kann. Doch zunächst erlebt sie einen Kulturschock: Das Brot im Supermarkt kostet soviel wie ihre Mutter in einer Stunde (in Polen) verdient. Als Daria den Supermarkt verlässt, gibt sie der davor kauern Bettlerin ein paar Münzen. Darias Geschichte ist auch eine Kritik am Mythos des skandinavischen Wohlfahrtsstaates.

Daria Bogdanskas «Von unten» erzählt in schlichten Bildern, die an Persepolis von Marjane Satrapi erinnern. Die Erlebnisse stehen im Mittelpunkt, ein verschnörkeltes Kunstwerk soll das Buch nicht sein.

Da sie nach ihrer Ankunft noch zwei Wochen Zeit hat, bis die Kurse beginnen, sucht sie nach Arbeit. Sie findet eine Temporärstelle für zwei Tage an einem Veganfestival. Allerdings wird Daria um ihren zweiten Tageslohn geprellt. Empört stellt sie fest, dass die Veranstalter*innen des Festivals *vorgeben*, Tierrechte würden ihnen am Herzen liegen, treten sie die Rechte der Lohnarbeitenden mit Füßen. Um ihr Leben während des Studiums zu finanzieren sucht sie eine längerfristige Anstellung – und macht Bekanntschaft mit der schwedischen Bürokratie: Um eine Arbeitsbewilligung der Behörden zu erhalten, braucht sie einen Arbeitsvertrag, doch einen solchen will niemensh mit ihr abschliessen, da sie keine Bewilligung hat. Nirgends, sagt sie einmal, sei es für sie bisher so schwer gewesen, einen «Migrant*innenjob» zu finden, wie in Schweden. Letztendlich nimmt sie eine Schwarzanzstellung in einem indischen Restaurant an. Bald bemerkt sie, dass die Angestellten unterschiedlich hohe Löhne für die gleiche Arbeit erhalten: Je abhängiger sie von der Schwarzarbeit sind, desto stärker übt der Chef des Restaurants Druck auf sie aus. Das will sie jedoch nicht auf sich sitzen lassen

und versucht, sich mit den anderen zu organisieren...

Darias Geschichte ist in mehrfacher Hinsicht eine «von unten», denn sie bündelt Themen wie Migration, Schwarzarbeit, Arbeitsverhältnisse in der Gastronomie und Gentrifizierung deren Zusammenhang



durch ihre Biographie erzählt werden. Die graphic novel ist auch eine Geschichte der EU aus dieser Perspektive. Während Kapital in Europa und darüberhinaus ungehindert fließt, werden den – armen und flüchtenden – Menschen so viele Steine wie nur möglich in den Weg gelegt. Und was es zugleich in Europa en masse gibt sind: prekäre Jobs. Bevor Daria nach Schweden zog, hatte sie u. a. in einem «hippen fair trade Café», als Fahrradkurierin und in einem «Edelfahrrad-Geschäft» gearbeitet. Überall ist sie gefeuert worden, weil sie sich gegen Ungerechtigkeiten gewehrt hat. «Von unten» ist eine persönliche Geschichte mit Klassenkampf. Ein für diese Gattung ungewöhnliches Thema. Doch gerade aufgrund dieser persönlichen Note fällt beispielsweise auf, dass Darias Mitbewohner*innen kaum vorkommen und es auch nicht nachvollziehbar ist warum. 200 Seiten sind jedoch auch nicht endlos viel Platz. Auf diesen nehmen gegen Ende auch die Beziehungsprobleme relativ viel Raum ein. Alles kulminiert eben: Beziehungsstress und Arbeitskampf.

Spannend wäre auch gewesen, etwas mehr über die SAC (Sveriges Arbetares Centralorganisation, die Basisgewerkschaft, die Daria bei ihrem Arbeitskampf unterstützt). Dass es damit etwas happterte, Unterstützung zu finden, wird ja angedeutet: Der schwedische Gewerkschaftsbund (Dachorganisation der Zentralgewerkschaften, zu denen die SAC nicht gehört) hilft nur Menschen mit geregelten Papieren und bei der SAC selbst dauert es immer wieder bis Daria Antwort auf ihre Anfragen erhält und sie nachhacken muss. Zudem gibt ihr ein SAC-Veteran, der recht ausgebrannt wirkt und den sie um Rat fragt nur pessimistische Auskünfte.

Daria Bogdanskas Ton ist nüchtern und ihre Sicht desillusioniert. «Von unten» ist keine heroische Sieger*innengeschichte – im Gegenteil, gerade dank des unaufgeregten Stils zeigt die Geschichte, dass Selbstorganisation Wirkung zeigt.

Barry Bernhard

Das Buch



Von unten

Text & Zeichnung: Daria Bogdanska

Übersetzung aus dem Swedischen von Katharina Erben

200 Seiten , schwarzweiß , Softcover

22 € / ca 25 CHF

ISBN: 978-3-945034-93-4

Gedichte

vater ging früh morgens weg
mutter ging früh morgens weg

grossmutter machte das mittagsessen

manchmal holte sie das essen
auch in der kantine

damals stellte ich noch keine fragen
ich dachte alle würden

so leben wie wir

von: Hans Marchetto

frühmorgens sitzen wir in einem bus der uns zur arbeit fährt
mittags sitzen wir in einer kantine
hungrig wie immer

abends sitzen wir in einem bus der uns nach hause fährt

das machen wir jeden tag

nur am sonntag da sitzen wir auf der couch und sehen fern

von: Hans Marchetto

vier spatzen ziehn lärmend
von stuhl zu stuhl von tisch zu tisch
die strassengangs werden immer
kleiner und feiner

von: Hans Marchetto

ich bin kein überlebender
weder von ausschwitz
noch buchenwald

ich bin kein vertriebener

weder vom schwarzen kontinent
noch aus dem osten

mein einziges vergehen ist es
nicht zu vergessen

von: Hans Marchetto

Zur Kulturseite

Wir haben uns vorgenommen in jeder Ausgabe auch etwas Kultur zu bringen und werden hier Kurzgeschichten, Gedichte und grafischer Kunst einen Platz geben. Wir versuchen möglichst Unveröffentlichtes abzudrucken und freuen uns natürlich wenn du uns deine Werke zur Verfügung stellst (schreib an zeitung@faubern.ch).

Falls wir einmal nicht genügend zugesendet bekommen, werden wir auch auf bereits veröffentlichte Kunst zurückgreifen.

di schwarzi chatz
Zeitung der Freien ArbeiterInnen Union in der Schweiz

Spanien: Aufstand in Schwierigkeiten
Sprengprogramme um Sprengprogramme, Proteste um Proteste. Die Nachrichten aus Spanien haben ein offizielles Bild. Wir stehen die dortigen sozialen- und Arbeiter_innenbewegungen und soziale Probleme stellen sich breiter. Dieser Erfahrungsbereich wird einen Einblick in die aktuelle Lage vor Ort liefern.

Arbeitslosigkeit und Solidarität
Hier bekommen wir ein bisschen mehr über die Situation der Arbeitslosen in der Schweiz und in Deutschland.

Das Spiel 'Ja, vielleicht'
Das Spiel 'Ja, vielleicht' ist ein Spiel über die Arbeit. Es ist ein Spiel über die Arbeit, das die Arbeit als ein Spiel darstellt. Es ist ein Spiel über die Arbeit, das die Arbeit als ein Spiel darstellt.

abonnieren?

- Ich möchte die Direkte Aktion und di schwarzi chatz abonnieren (je 6 Ausgaben für 60.- oder mehr)
- Ich möchte nur di schwarzi chatz abonnieren (6 Ausgaben für 30.- oder mehr)
- Für Infoläden, Beizen und Weiterverteiler_innen haben wir spezielle Abos! Einfach per Mail nachfragen (zeitung@faubern.ch)

Vorname, Name:

Adresse:

PLZ/Ort:

E-Mail:

Einsenden an:
di schwarzi chatz
c/o FAU Bern
Postfach 636
3000 Bern 25

oder:
zeitung@faubern.ch

